

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Sonnabend.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Hamburg-St. Georg,
An der Koppel 79, I.

Wir bitten, das Nachstehende nicht zum Abdruck zu bringen.

An die Vorstände der Gewerkschaften.

Obgleich wir in voriger Nummer des „Correspondenzblattes“ nochmals an die Gewerkschaftsvorstände das Ersuchen richteten, uns ihre Meinung bezüglich der Vertagung des Gewerkschaftskongresses kundzugeben, haben unsere Anfrage bis heute folgende Organisationen noch nicht beantwortet:

Bäcker, Barbier, dito selbstständige, Bauarbeiter, Bergarbeiter, dito sächsische, dito schlesische, Buchbinder, Buchdrucker, Bürstenmacher, Dachdecker, Gärtner, Glaser, Glasarbeiter, Gewerbliche Hilfsarbeiter, Glacéhandschuhmacher, Goldarbeiter, Hafnarbeiter, Kürschner, Kupferschmiede, Maler, bayerische, Maurer, Mechaniker, Müller, Posamentierarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Steinmetzen, Steinseher, Stellmacher, Berggolber, Werftarbeiter, Ziegler, südd. Zimmerer.

Von Vertrauensleuten stehen noch Antworten aus: Feilenhauer, Klempner, Schlosser, Tabakarbeiter, sächsische, Textilarbeiter, Tischler, sächsische, und Töpfer.

Wenn man die verschiedenen Fachblätter verfolgt, dann findet man fast in jeder Nummer Klagen darüber, daß die Verwaltungsstellen nicht pünktlich in der Einsendung der Abrechnungen usw. sind, demnach sollte man annehmen, daß die Zentralvorstände genau wissen müssen, wie unangenehm es ist, wenn eine Umfrage bei den Verwaltungskörpern der verschiedenen Städte von einzelnen nur nach wiederholten Aufforderungen beantwortet wird.

Hiernach zu schätzen, müßte man sicher sein, daß eine Abstimmung unter den Vorständen der Zentralvereine Deutschlands kaum 8 Tage in Anspruch nehmen dürfte, jedoch scheint diese Ansicht nach der in diesem Falle gemachten Erfahrung nicht zutreffend zu sein.

Anzunehmen, daß die Frage, wann der Gewerkschaftskongress stattfinden soll, zu unbedeutend ist, um beantwortet zu werden, erscheint wohl etwas zu gewagt, und doch liegt dieser Gedanke nahe, da eine Entschuldigung mit Zeitmangel unter keinen Umständen stichhaltig sein kann, da die Expedirung einer Postkarte kaum 5 Minuten in Anspruch nimmt.

Im Allgemeinen werfen solche Thatsachen durchaus kein günstiges Licht auf die Verwaltung unserer Organisationen, und wäre es wirklich an der Zeit, daß man sich bemühte, etwas mehr Zeit für die Allgemeinheit übrig zu haben.

Wir werden unter Umständen genöthigt sein, am 15. d. M. ohne Rücksicht auf die Zahl der eingelaufenen Antworten über den Zeitpunkt des Kongresses zu entscheiden.

Es handelt sich um die Abstimmung über die Frage, ob der Gewerkschaftskongress bis zum Frühjahr 92 vertagt werden soll, wie wir hier nochmals bemerken wollen, und erwarten wir umgehende Nachricht seitens der genannten Organisationen.

Die Generalkommission.

E. Legien,
Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, I.

es besser gewesen wäre, der Delegirtenstag in Gaislingen hätte darüber berathen, wie in Zukunft die Organisation gestaltet werden müßte, um bei Streiks nicht von Hilfe von anderer Seite abhängig zu sein, als Debatten über ein Misstrauensvotum zu führen, dem es an der nothwendigsten Grundlage fehlt.

Wenn wir noch einige allgemeine Betrachtungen an diese Vorgänge knüpfen wollen, so können wir sagen, daß aus diesem Fall wiederum erkenntlich, wie wenig praktisch es ist, einer Körperschaft den Auftrag zu geben, nur Abwehrstreiks zu unterstützen, da es, wie auch hier, oftmals sehr schwierig ist, zu entscheiden, wann es sich um einen Abwehr- oder Angriffstreik handelt. Unsere frühere abgegebene Erklärung, daß, wenn eine Zentralstelle für Streikunterstützung geschaffen werden sollte, diese nicht zu prüfen haben dürfe, welcher Art der Streik ist, sondern nur, ob er durchführbar ist, erweist sich hiernach als zutreffend. Eine solche Zentralstelle für ganz Deutschland zu schaffen, dürfte aber nicht empfehlenswert sein, weil die Unkenntnis der Lage in den einzelnen Gewerben bei den Vertretern der zentralen Körperschaft leicht Irrthümer bezüglich der Ablehnung oder Genehmigung der Ausstände vorkommen ließe, ohne daß hier schlechter Wille vorhanden wäre. Deswegen unser Vorschlag, zur Streikunterstützung verwandte Berufszweige zu Unionen zu verbinden.

Ferner müssen wir an die einzelnen Organisationen die Mahnung richten, sich bezüglich der Leistungsfähigkeit der Generalkommission bei der Streikunterstützung keinen Illusionen hinzugeben, oder zum Mindesten nicht zu glauben, daß wenn diese Körperschaft da ist, die eigene Organisation der Verpflichtung, für die Ausstände zu sorgen, enthoben sei. So ist auch unverständlich, daß der Metallarbeiterkongress, auf dem über 30 000 organisierte Metallarbeiter vertreten waren, beschließt, der Göppinger Ausstand ist zu unterstützen, ohne daß dafür gesorgt wird, diese Unterstützung zu beschaffen. Man verweist dieselbe an die Generalkommission, welche seit dem Tage ihres Bestehens ununterbrochen Ausstände und theilweis große Ausstände zu unterstützen hatte, ohne auf der anderen Seite dafür zu sorgen, daß dieser Kommission die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können, so daß wir genöthigt waren, um nur einigermaßen den an uns gestellten Anforderungen genügen zu können, uns eigene Hilfsquellen zu erschließen.

Wir wollen nicht sagen, daß sämtliche Gewerkschaften in diesem Sinne gehandelt haben. So haben z. B. die Tischler enorme Summen an die Generalkommission geliefert und die Hilfe derselben doch nicht in Anspruch genommen, als sie selber in Noth waren. Die 17 000 organisierten Tischler haben den Mainzer Ausstand über ein Vierteljahr lang mit einem Kostenaufwand

von M. 40 000 gehalten und hätte es den 30 000 Metallarbeitern wohl auch nicht schwer fallen können, den Göppinger Ausstand zu halten. Alsdann hätte es keines Misstrauensvotums bedurft.

Wenn wir hierbei die Mahnung an die Gewerkschaften richten, daß sie mehr daran denken sollen, daß sie einer Körperschaft, welcher sie enorme Pflichten auferlegt haben, auch die genügenden Geldmittel zur Erfüllung derselben geben müssen, so geschieht dies nur im Interesse der Organisationen, denn man soll doch die Generalkommission nicht nur suchen, wenn man ihre Hilfe braucht, sondern soll dieselbe jederzeit unterstützen, damit sie Anderen helfen kann. Vor allen Dingen soll man sich nicht durch die Summen blenden lassen, welche von uns quittirt werden. Denn wenn wirklich diese M. 70 000 voll zur Verfügung stünden, was bedeutet diese Summe gegenüber den 400 000 organisierten Arbeitern in Deutschland? Wenn nur ein irgend nennenswerther Ausstand kommt, so reichte die Summe keine drei Wochen. Dagegen, wenn diese organisierten Arbeiter nur den Willen hätten, Fonds für ihre Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete zu sammeln und pro Woche nur 5 M. zu einem solchen Fonds abgeben, und dies kann ein Jeder, so würden wir in einem Jahre nicht weniger als M. 1 040 000 zur Verfügung haben, und hiermit könnte ganzen Arbeitergruppen eine bessere Existenz erkämpft werden.

Wir sehen hieran, wie überaus gering das Interesse für diese Seite der Bewegung noch ist. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß in einzelnen Organisationen Großes geleistet wird, auch nicht, daß in einem Jahre in Deutschland mehr an Streikunterstützung ausgegeben wird als eine Million Mark; es fehlt uns hierüber leider an jeder Statistik, aber man soll nicht nur während des Kampfes bereit sein, Opfer zu bringen, sondern sich vorher zu demselben rüsten. Unzweifelhaft würde ein großer Theil der heute für Streiks gebrachten Opfer vermieden, wenn wir für die Kämpfe finanziell gerüstet wären. „Wer den Frieden will, der rüste sich zum Kriege.“

Wenn wir diesem Ausdrucke wenigstens nicht in dem Sinne, in welchem er gegeben wurde, zustimmen, so findet er doch auf dem wirtschaftlichen Gebiete, weil wir es mit einem Gegner zu thun haben, welcher die Vernichtung unserer Selbstständigkeit und unserer Widerstandsfähigkeit erstrebt, vollständig mit Berechtigung Anwendung.

Vielleicht trägt das Gesagte dazu bei, daß in den Gewerkschaften etwas mehr die praktische Seite der Bewegung in's Auge gefaßt wird, als daß man sich in Phrasen und pomphaften Resolutionen gefällt.

Die Generalkommission.

E. Legien.

Hamburg=St. Georg,
An der Koppel 79, I. St.

Wir bitten diejenigen Blätter, welche den Bericht über den Delegirten- tag der Württembergischen Metall-Arbeitervereine nebst dem Mißtrauensvotum für die Generalkommission gebracht haben, das Nachstehende aufnehmen zu wollen.

Zum Göppinger Streik.

In den letzten Tagen ging durch die Arbeiter- presse ein Bericht über einen Delegirten- tag der Württembergischen Metallarbeiter (28. Juni d. J. in Gaislingen), in welchem zum Schlusse der Generalkommission wegen ihrer Haltung gegen- über dem Göppinger Ausstand ein Mißtrauens- votum gegeben wurde. In einzelnen Blättern wird ausführlicher berichtet, und zwar soll nach dieser Version der Ausstand in Göppingen ver- loren gegangen sein, weil „diese Kommission auch noch nach dem Beschlusse des Frankfurter Metall- arbeiterkongresses den Streik nicht als Abwehr- streik anerkannte und 14 Tage auf Antwort warten ließ.“ Da unsere Handlungen sich genau in den Grenzen bewegt haben, welche uns gezogen worden sind, so könnten wir wohl über diese Sache zur Tagesordnung übergehen, denn der Gewerk- schaftskongreß und nicht jeder z-beliebige Dele- girten- tag eines Landes- theiles hat darüber zu ent- scheiden, ob die Thätigkeit der Kommission ein Mißtrauensvotum verdient oder nicht, jedoch ist bei dem gegenwärtigen Stande der Bewegung nicht abzusehen, ob nicht noch andere Orte, welche glauben, von der Kommission nicht genügend er- halten zu haben, in ähnlicher Weise zu operiren gedenken. Wir wollen daher, soweit es bei dieser Angelegenheit geht, in Kürze klarstellen, was von derartigen Mißtrauensvoten zu halten ist.

Noch ehe die Göppinger an die Generalkom- mission eine Meldung von ihrem Ausstand gemacht (es ist nahezu Miß geworden, daß man sich an diese erst wendet, wenn Unterstützung verlangt wird, gleich als wäre sie nur zum Geldezahl- eingesetzt), war derselben schon durch den Ver- trauensmann der Klempner mitgetheilt, daß in Göppingen ein Ausstand drohe, doch wäre seiner- seits dorthin berichtet, daß derselbe unter allen Umständen zu vermeiden sei. Die Generalkom- mission unterstützt aber nur solche Abwehrstreiks, welche von dem Vorstand oder dem Vertrauens- mann der fraglichen Organisation gutgeheißen werden. In diesem Falle hätte also die Unter- stützung unterbleiben müssen. Eine Einrichtung wie die obengenannte erweist sich in der gegen- wärtigen Zeit als absolut nothwendig, weil das Ge- lingen eines Ausstandes wesentlich von der Dis- ziplin innerhalb der Gewerkschaft abhängt.

Am 30. April brach der Streik in Göppingen aus und erst am 12. Mai erhielt die Kommission von den vereinigten Gewerkschaften in G. hier- über Nachricht. In dem betreffenden Schreiben wurde jedoch nur ersucht, die Kommission möge ihre Zustimmung dazu geben, daß die in G. für Mai- markten eingehenden Gelder zur Unterstützung des Ausstandes verwendet werden dürften. Hierzu gab die Kommission in einem Schreiben vom 14. Mai die Einwilligung und knüpfte hieran auf den Fall

bezügliche Bemerkungen über die Unsicherheit des Erfolges, welchen jetzt unternommene Ausstände für sich haben. Am 20. Mai traf das Ersuchen um Unterstützung aus Göppingen hier ein und am 21. Mai nahm die Kommission mit dem Vertrauensmann der Klempner Rücksprache, ob der Ausstand zu unterstützen sei. Der Vertrauens- mann erklärte jedoch, daß es sich hier um einen Angriffsstreik handele, was auch uns, nach den uns vorgelegten gestellten Forderungen, nicht un- wahrscheinlich schien, und sagte wörtlich: „Wenn Ihr nach Göppingen Unterstützung gebt, werde ich der Erste sein, der gegen die Kommission vorgeht.“

Die Nachricht von der Ablehnung der Unter- stützung ging an demselben Tage nach Göppingen ab. Wir verblieben in dieser ablehnenden Haltung, obgleich aus verschiedenen Orten Württemberg's, so besonders von den Stuttgarter Gewerkschaften, das Ersuchen an uns gestellt war, die Göppinger zu unterstützen. Am 3. Juni theilte der Ver- trauensmann der Klempner aus Frankfurt a. M. mit, daß der Metallarbeiter- (oder Klempner?) Kongreß sich seiner (des Vertrauensmannes) Ansicht an- geschlossen habe, nunmehr den Ausstand in Göppingen aber für einen Abwehrstreik halte, weil die Fabrikanten die Forderung an die Arbeiter stellten, daß sie aus dem Fachverein austreten sollen.

Nunmehr lehnte jedoch die Kommission die Unterstützung mit der Motivirung ab, daß auf diese Weise ein jeder Angriffsstreik zu einem Ab- wehrstreik werden könne, weil bei dem ungünstigen Geschäftsgange auf Forderungen der Arbeiter gewöhnlich die Forderung der Fabrikanten kommt, die Arbeiter sollen aus den Vereinen austreten.

Diese Erklärung wurde dem Vertrauensmann der Klempner am 4. Juni zugestellt mit dem Er- suchen, dieselbe dem Kongreß vorzulegen. Ob dieses geschehen, wissen wir nicht, rechtzeitig genug ist sie hierzu aber noch gekommen.

Am 12. Juni kam ein nochmaliges Ersuchen um Unterstützung aus Göppingen und hat die Kommission, nachdem der zu einer Besprechung hier anwesende Vertrauensmann der Former über die Stellungnahme des Frankfurter Kon- gresses zur Sache berichtet, Unterstützung nach G. gesandt, und zwar in drei Raten in Summa M. 900.

Bemerkenswerth ist noch, daß der Ausstand in Göppingen am 22. Juni für beendet erklärt worden ist, während die Kommission erst am 2. Juli hiervon Nachricht erhielt.

Die Richtigkeit der gemachten Angaben läßt sich aus den theils im Original, theils in Kopien vorhandenen Briefen nachweisen. Es wird uns nach dieser Klarstellung wohl jeder Un- betheiligte zustimmen, wenn wir behaupten, daß